



friedensarbeit

in der evangelischen Landeskirche in Württemberg

Netzwerk Friedensbildung zur Diskussion um die Bildungspläne

Das Netzwerk Friedensbildung Baden-Württemberg ist eine 2011 gegründete Plattform von verschiedenen Friedensinitiativen in Baden-Württemberg und den Arbeitsstellen für Friedensarbeit der beiden Landeskirchen. Das Netzwerk Friedensbildung setzt sich ein für eine Stärkung der Friedensbildung an Schulen, in der Jugendarbeit, der Erwachsenenbildung und in weiteren Bildungseinrichtungen in Baden-Württemberg. Ziel dieser Friedensbildung ist die Förderung von Völkerverständigung, Gewaltfreiheit und Versöhnung auf der Grundlage von „Menschlichkeit und Friedensliebe“, wie sie in der baden-württembergischen Landesverfassung im Artikel 12 sowie im baden-württembergischen Schulgesetz § 1 Abs. 2 formuliert ist.

Leider wurde bisher viel zu wenig wahrgenommen, dass in der aktuellen Debatte über die neuen Bildungspläne von den Kirchen das Fehlen u. a. der Friedens- und Demokratieerziehung in der Liste der Leitprinzipien festgestellt wurde. So forderte Oberkirchenrat Dr. Christoph Schneider-Harpprecht von der badischen Landeskirche im Interview mit Dr. Daniel Meier die Ableitung der Leitprinzipien aus der Landesverfassung und von dem dort zum Ausdruck kommenden christlichen Menschenbild: „Im Mittelpunkt stehen die Menschenrechte. Werte wie Freiheit, Toleranz, Nächstenliebe, Frieden, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit (Bewahrung der Schöpfung) sind als Leitprinzipien des Bildungshandelns wegweisend.“ Oberkirchenrat Werner Baur wies in seinem Interview mit elk-wue.de u. a. auf das Fehlen von Friedens-

und Demokratieerziehung bei der Auflistung der Leitprinzipien hin.

Auf diesem Hintergrund wurden die Kirchenleitungen der beiden evangelischen Kirchen in Baden-Württemberg gebeten, sich verstärkt dafür einzusetzen, Friedensbildung in den Bildungsplänen klarer zu sichern. Dass sich die Friedenserziehung trotz ihrer Verankerung in der Landesverfassung wie auch im Schulgesetz nicht in den fünf Leitprinzipien, die in den Bildungsplänen verankert werden sollen, wiederfindet, ist erstaunlich vor allem auch bezüglich der Kooperationsvereinbarung der Bundeswehr mit dem Kultusministerium und der privilegierten Position der Bundeswehr in den Schulen unseres Landes.

Kirche und Rüstung - Landeskirchliche Kommission zur Rüstungskonversion initiiert Tagung in Bad Boll am 8.- 9. Mai 2014

Deutschland gilt inzwischen als drittgrößter Waffenexporteur der Welt nach den USA und Russland. „Bremst die deutschen Waffenexporte!“ forderte Altkanzler Helmut Schmidt deshalb im Dezember letzten Jahres in der ZEIT..

Gerade bei der Verbreitung von Kleinwaffen spielt Deutschland eine besondere Rolle, da deutsche Rüstungsunternehmen wie Heckler & Koch in mehr als 80 Länder liefern und es anderen Ländern durch den Verkauf von Lizenzen ermöglichen, selbst Waffen herzustellen. Doch gerade diese Waffen, die von Kofi Annan als die „Massenvernichtungswaffen des 21. Jahrhunderts“ bezeichnet wurden, haben verheerende Konsequenzen: Jährlich sterben mehr Menschen durch Kleinwaffen als durch den Einsatz von Panzern oder Bomben. Dennoch werden sie von der Bun-



desregulierung nur als normale Exportgüter behandelt. Zwar wurden im Jahr 2000 politische Richtlinien für Rüstungsexporte verabschiedet. Doch entgegen dieser Richtlinien erfolgten Lieferungen in instabile Krisenregionen und in Länder, die Menschenrechte missachteten. Zudem werden die Bewilligungsprozesse als intransparent und die Kontrolle der Rüstungsindustrie als unzulänglich wahrgenommen. Dass diese Exportpraxis kritisch zu sehen ist, scheint allgemein akzeptiert – anders sieht es jedoch in Punkto Rüstungsproduktion aus. Denn der Forderung nach einem sofortigen Produktionsstopp steht das Argument entgegen, dass deutsche Soldaten im internationalen Einsatz ein Recht auf die bestmögliche Ausrüstung haben. Insbesondere in Baden-Württemberg wird das Thema der Rüstungsproduktion und -exporte kontrovers diskutiert, stehen sich hier doch die Gegner der Rüstungsexporte einer starken, arbeitsplatzschaffenden Rüstungsindustrie gegenüber. Die Landeskirche Württemberg möchte nun im Diskurs eine gemeinsame Position zum Thema Rüstungsproduktion und -export entwickeln. Hierzu sollen zunächst verschiedene friedensethische Positionen beleuchtet und friedenspolitische Ansätze vorgestellt werden. Auf dieser Grundlage sollen dann gemeinsam Ideen formulieren und Perspektiven für eine tiefgreifende friedensethische Ausrichtung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg entwickelt werden. Erfreulich ist, dass zu dieser geschlossenen Tagung unter anderem die Friedensbeauftragten der Kirchenbezirke und die EAK-Mitglieder eingeladen werden.

Das Dezernat 1 des Oberkirchenrats und die Evangelische Arbeitsgemeinschaft Friedensarbeit und KDV machen sich gemeinsam auf den Weg

Studententag am 25.07.2014 in Tübingen

Neben der Zukunftskonferenz ist Ende Juli ein **Studententag** geplant, morgens mit einem Abendmahlsgottesdienst und nachmittags steht die theologische Arbeit mit Workshops im Vordergrund. Gestaltet wird dies vom Dezernat 1 des Oberkirchenrats Theologie und Kirche unter der Schirmherrschaft des Landesbischofs und mit der Hauskonferenz Kirche und Gesellschaft. Der Titel steht noch nicht fest. Als Themen sind vorgesehen: der Bauernkrieg, 500 Jahre Tübinger Vertrag, 1. Weltkrieg, Zusammenbruch der DDR, die Themen werden ergänzt mit dem Wirken und Gedenkens an den Nürtinger Otto Umfried, der 1914 für den Friedensnobelpreis nominiert war, ihn jedoch aufgrund des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges nicht erhalten konnte.

GERECHTIGKEIT-MACHT-FRIEDEN Zur Zukunftskonferenz am 22. November 2014 im Themenjahr des Reformationsjubiläums zur Lutherdekade „Reformation und Politik“

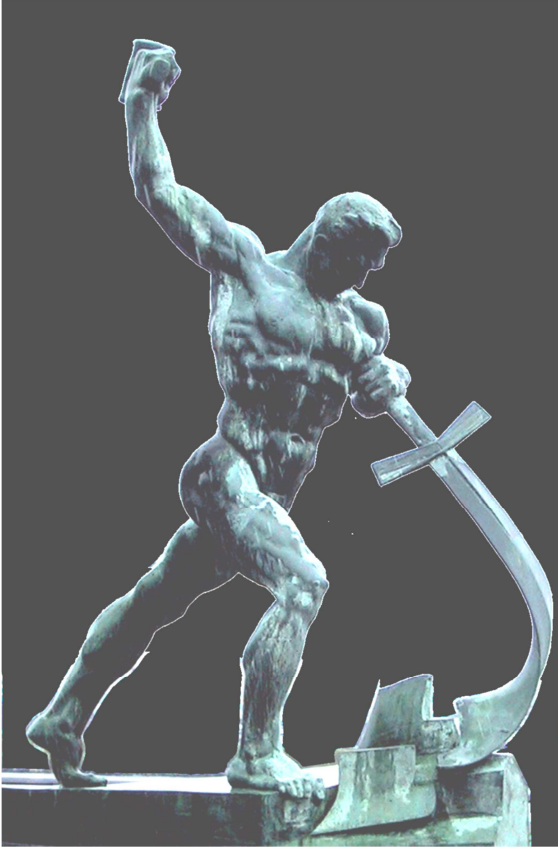
Die EAK-Kommission „Gewalt überwinden“ tagte am 13.01.2014 in der Alten Cafeteria im Oberkirchenrat, um die Zukunftskonferenz zur Friedensarbeit auf den Weg zu bringen. Fest steht, dass Landesbischof July zu dieser Konferenz kommt. Die von der Kommission geplante Zukunftskonferenz möchte die Gemeinden stark mit einbeziehen. Die ganze Breite der kirchlichen Friedensarbeit und der Gewaltfrage soll in einem weiten Horizont dargestellt, betrachtet und weiterentwickelt werden. Dabei soll der württembergische Weg zum gerechten Frieden in einer Art „Leistungsschau“ dargestellt werden. In der Zeit der Friedensdekade bis 2011 und seither sind beachtliche Schritte auf diesem Weg gemacht worden. Es geht auch darum, ein Signal zu geben oder einen Abgleich mit der Politik zu machen. Die Zukunftskonferenz soll in der Kommission geplant werden, wird jedoch aus dem Arbeitsbereich des Dezernat 1 der Landeskirche „Kirche und Gesellschaft“ mit unterstützt. Der Diskussionsbeitrag aus der Evangelischen Landeskirche in Baden „Richte unsere Füße auf den Weg des Friedens“ soll mitdiskutiert werden.

Friedensethischer Konsultationsprozess der Ev. Landeskirche in Baden

Der Arbeitskreis ‚*Friedensauftrag der Kirche*‘ hatte sich Anfang Dezember 2013 eingehend mit dem aktuellen friedensethischen Diskussionsbeitrag der Evangelischen Landeskirche in Baden befasst. Es würde begrüßt, wenn auch in der württembergischen Landeskirche ein ähnlicher Prozess in Sachen Friedensethik und Friedensarbeit angestoßen würde.

Ausgangspunkt in Baden war eine Eingabe des Evangelischen Kirchenbezirks Breisgau-Hochschwarzwald an die Landessynode, in dem eine an den biblischen Kernaussagen orientierte Neuausrichtung der evangelischen Friedensethik gefordert wurde. Diese Eingabe problematisierte insbesondere die *„vorrangige Option für Gewaltfreiheit“*, die den Einsatz militärischer Gewalt unter bestimmten Bedingungen legitimiert, wie das z.B. in der Friedens-Denkschrift der EKD von 2007 *„Aus Gottes Frieden leben, für gerechten Frieden sorgen“* geschieht. Der Kirchenbezirk Breisgau-Hochschwarzwald stellte die Frage, ob aus christlicher Sicht nicht für die *„Gewaltfreiheit als einziger Option“* eingetreten werden müsste. Der badische Oberkirchenrat nahm diese Anfrage auf und gab sie zur Diskussion in die Kirchenbezirke.

Die Landessynode hat dann die Rückmeldungen aus 23 von 25 Dekanatsbezirken auf ihrem Studientag im Juni 2013 gründlich diskutiert.



In ihrem Beschluss vom 24.10.2013 hat die Badische Landessynode unter der Überschrift *KIRCHE DES GERECHTEN FRIEDENS WERDEN* klare und weitreichende Vorschläge zur Friedensethik und kirchlicher Friedensarbeit gemacht. Ferner hat sie die Gemeinden, Bezirke und Werke dazu aufgefordert, im Jahr 2014, in dem wir uns an den Beginn der beiden Weltkriege vor 100 bzw. vor 75 Jahren, aber auch an die friedliche Revolution und den Fall der Mauer vor 25 Jahren erinnern, die Verantwortung für Gerechtigkeit und Frieden zum Thema zu machen.

Ebenso hat die 10. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Busan die Mitgliedskirchen zu einem Pilgerweg zu Gerechtigkeit und Frieden eingeladen. Überdies hat die EKD-Synode am 12.11.2013 die Gliedkirchen gebeten, sich diesen Aufruf zu eigen zu machen und sich am Pilgerweg in geeigneter Weise zu beteiligen. Ein friedensethischer Konsultationsprozess in den Bezirken und Gemeinden könnte eine hervorragende Konkretion des geistlichen Pilgerwegs auf dem Weg zu einem gerechten Frieden sein.

In der Badischen Landeskirche wurde dieser Konsultationsprozess von einem einzigen Kirchenbezirk angestoßen. Ein entsprechender Impuls könnte auch in Württemberg gegeben werden. Deshalb

wurde im Namen aller Arbeitskreismitglieder eine Bitte an den Landesbischofs in dieser Sache gerichtet, dies in die Landessynode einzubringen, um zusammen mit der Nachbarkirche und mit den Schwesterkirchen in der EKD und in der Ökumene sich mit den Fragen des Friedens zu befassen.

Resolution zum Stopp von Rüstungsexporten

Der Konvent der Friedensbeauftragten der EAK hat am 23. November eine Resolution beschlossen, die das Ende aller deutschen Waffenexporte zum Ziel hat. Die Kirchenleitung wird gebeten, in dieser Richtung tätig zu werden. Nach der Darstellung der Situation, vor allem, dass die Ausnahmeregelungen für den Erlaub von Exporten zunehmen, werden theologische Argumente angeführt, die von Jesus Christus als dem verheißenen Friedensfürst ausgehen und in seiner Nachfolge zu einer Friedensethik führen, die mit der Unterstützung von Waffenexporten nicht kompatibel ist. Neben die theologischen Argumente werden Vernunftargumente gesetzt. Es sei verwerflich, autoritären Herrschern Waffen zu geben, mit denen sie das eigene Volk unterdrücken. Studien der Friedensforschung zeigen, dass nichtmilitärische Interventionen erfolgreicher seien. Diese Resolution befindet sich in Bezug zu den Vollversammlungen des Ökumenischen Rates der Kirchen, der Birkaacher Erklärung und des jüngsten Beschlusses der Synode der ev. Kirche in Baden. Die Resolution endet mit einer Wiederholung und Präzisierung der Forderung. Die Resolution ist auf der Homepage des Friedenspfarramtes in Stuttgart abrufbar und findet sich auch im Dossier dieser Tagung.

Projektantrag Friedensbildung

Im Rahmen der Mittelfristigen Finanzplanung wurde von der EAK und dem Pfarramt für Friedensarbeit ein Projektantrag Friedensbildung gestellt, die zum einen, die Friedensbildung vor allem an Schulen weiterbringen soll, zum anderen die Mitarbeit im Netzwerk Friedensbildung vorsieht. Es soll ein 50%-tiger Dienstauftrag werden. Die Projektstelle soll dem Friedenspfarramt zugeordnet werden.

EAK-Klausurtagung

In ihrer letzten Klausurtagung am 24.02.2014 stand unter anderem die Frage auf der Tagesordnung, welche Schwerpunkte das Pfarramt haben kann, wenn es auf 50 % vermindert wurde. Die friedentheologischen und -ethische Fragen sollen nicht zu kurz kommen, der Kontakt zu den Friedensbeauftragten der Kirchenbezirke soll ausgebaut werden.

Von Busan nach Württemberg

Unter dieser Headline traf sich die württembergische Auswertungstagung am 15.02. in Bad Boll. Die Ergebnisse sind auf der Homepage für den Dienst für Ökumene und Entwicklung (DIMOE) abrufbar.

Mitteilungen aus dem Friedenspfarramt

Seit 22. November 2013 ist Pfarrer Joachim Schilling auf die 50%-Stelle des Friedenspfarramtes investiert. Mit weiteren 50 % ist er in der Gemeinde Plochingen Stadtkirche II Gemeindepfarrer. In der Regel ist er deshalb montags und dienstags und 14-tätig in den ungeraden Wochen im Friedenspfarramt erreichbar. Das Sekretariat ist am Montag und Dienstag in der Regel nachmittags sicher besetzt. In die Einarbeitungsphase fällt auch der Umzug von der Jägerstraße in den Hospitalhof. Informationen finden sich auch auf der Homepage: www.friedenspfarramt.elk-wue.de



Wussten Sie eigentlich...

...dass zur Dienstbesprechung der Dekaninnen und Dekane der Militärdekan selbstverständlich mit Sitz und Stimme eingeladen wird, weil er Dekan ist? Pfarrer/innen der landeskirchlichen Einrichtungen, zu denen das Friedenspfarramt gehört, sind wie die übrigen Pfarrer/innen der Landeskirche nicht Mitglieder bzw. nicht eingeladen in die Dekanendienstbesprechung. Anliegen aus der Friedensarbeit können vom Friedenspfarramt nur auf dem Dienstweg über das Dezernat I platziert werden.

Geistliche Gemeinschaft der Friedensarbeit – Eine Zukunftsvision von Pfarrer Schilling

Seit 2001, mit dem Beginn der Friedensdekade, befindet sich die kirchliche Friedensarbeit in einem Transformationsprozess.

Es stellt sich mir als neu berufenem Pfarrer die Frage, wie aus der EAK und dem Konvent der Friedensbeauftragten der Kirchenbezirke eine geistliche Gemeinschaft werden kann, die Jüngere und Ältere umschließt, die noch mehr aus der Mitte der Schrift, Jesus Christus in Wort und Sakrament, lebt und in die an der Friedensarbeit interessierte Personen eingeladen werden, die zwar nicht Sitz und Stimme im Konvent haben oder zur EAK gehören, jedoch zu einer neu zu bildenden „Gemeinschaft der kirchlichen Friedensarbeit“. Die

Öffnung des Konventes hat schon stattgefunden, indem zu den Konventen in der Friedensarbeit engagierte Personen eingeladen werden, die in der Regel eine von Friedensfragen tangierte Institution vertreten. Dieser Personenkreis hat allerdings kein Stimmrecht. Dadurch und durch mancherlei Begegnungen ist mir aufgefallen, dass es darüber hinaus an der Friedensarbeit Interessierte in den Gemeinden und Bezirken gibt, die „vereinsamen“ können. Es könnte eine auf das Bestehende aufbauende Neustrukturierung brauchen, in der diese Menschen, denen das Anliegen der kirchlichen Friedensarbeit auf dem Herz liegt, gestärkt werden könnten und die ganz offiziell dieser Gemeinschaft beitreten wollen, um so sich zu vernetzen, mitzutragen und im Infloß zu bleiben.

Auch über die Frage möchte ich diskutieren lassen, ob es nicht in den Konventen zur Selbstverständlichkeit gehören müsste, sich in einer Abendmahlsfeier spirituell zu stärken. Ich glaube, nur wenn wir an der Quelle Jesus Christus, seinem Wort und seinem Sakrament bleiben, wird in uns das geistliche Anliegen, Friedensarbeit zu betreiben, frisch bleiben können. So können wir als jetzt schon bestehende Gemeinschaft auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens vielleicht noch besser gehen - auch mit ganz neuen Weggefährtinnen und -gefährten in Sachen Friedensarbeit, die wir noch gar nicht kennen.

Termine

- 28.04.2014 Frühjahrskonvent der Friedensbeauftragten in Stuttgart-Hohenheim zu „Friedensbildern in der Bibel“
- 30.04.-05.05.2014 Öku. Versammlung in Mainz
- 08.-09.05.2014 Landeskirchliche Tagung in Bad Boll „Kirche und Rüstung“
- 25.07.2014 Studientag in Tübingen im Rahmen der Lutherdekade „Reformation und Politik“
- 22.11.2014 Zukunftskonferenz der EAK-Kommission „Gewalt überwinden“ im Hospitalhof zum Thema: GERECHTIGKEIT MACHT FRIEDEN im Hospitalhof

Impressum

Pfarramt für Friedensarbeit (50%)
Pfarrer Joachim Schilling
70174 Stuttgart, Büchsenstr. 33

Postfach 10 13 52 70012 Stuttgart
Mail: Friedenspfarramt@elk-wue.de
www.friedenspfarramt.elk-wue.de

Für Spenden sind wir dankbar; bitte angeben:
Landesbank Baden-Württemberg
KTN: 20 30 10 2 BLZ: 600 501 01
BIC: SOLADEST 600
IBAN: DE63 6005 0101 0002 0301 02
Friedenspfarramt + Spendenzweck